

1.1.2 Folgen des Geburtenrückgangs

„Die Generation der um 1970 bis 2000 Geborenen wächst in eine Situation hinein, die nur noch mit dem Aufräumen nach dem Dreißigjährigen Krieg oder dem Umbruch von der Agrar- zur Industriegesellschaft vergleichbar ist.“ (Schmid et al. 2000:184)

„(...) der Geburtenrückgang [ist] ein Glücksfall für unsere Gesellschaft. (...) Es zeigt sich in der erweiterten gesellschaftlichen Perspektive, dass kein Grund zur Panik besteht, im Gegenteil: Weniger sind mehr.“ (Hondrich 2007:1 und 265)

Da das Thema Geburtenrückgang aufgrund der Intensität seiner Folgen eine große mediale und wissenschaftliche Perzeption (vgl. Barlösius 2007) erfahren hat, ist eine differenzierte Erörterung dieser Folgen sinnvoll. Hinzu kommt, dass die Bewertungen der unterschiedlichen Folgen des Zweiten Geburtenrückgangs teilweise enorm kontrovers sind und ein sehr breites Spektrum aufweisen, wobei die obigen Zitate von Schmid und Hondrich die jeweiligen Endpunkte markieren. Die Polarisierung zwischen „Schwarzmalerei“ und „Verharmlosung“ kennzeichnet die intensive Debatte über den Geburtenrückgang in deutschen Feuilletons ebenso wie in Teilen des wissenschaftlichen Diskurses. Für eine substantielle Einschätzung der Folgen ist ein differenzierter Blick anhand konkreter demografischer Daten unabdingbar. Der Rückgang der Geburten hat zwei unterschiedliche demografische Folgen: Zum einen verändert sich die Altersstruktur derart, dass der Anteil der alten im Verhältnis zur jungen Bevölkerung zunimmt, und zum anderen geht die Bevölkerungszahl zurück. Beide demografischen Phänomene haben vehemente, aber auch unterschiedliche Auswirkungen auf wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklungen eines Landes. In diesem Abschnitt werden zu Alterung und Bevölkerungsrückgang jeweils Prognosen skizziert und deren mögliche Folgen analysiert.

Daten zur Alterung: Der alle OECD-Länder betreffende Alterungsprozess beruht auf dem Zusammenwirken von steigender Lebenserwartung und dem Zweiten Geburtenrückgang. Da der letztgenannte Faktor eine weitaus größere Variation innerhalb der OECD-Länder aufweist, sind die Länderunterschiede der Altersprognosen weitestgehend auf den Geburtenrückgang zurückzuführen. Das Durchschnittsalter wird in Deutschland von 41,1 im Jahr 2000 bis 2050 auf 48,2 steigen (Deutscher Bundestag 2002). Das Medianalter der Wahlberechtigten wird von heute 47 auf knapp unter 60 Jahre steigen (Birg 2003a). Der Anteil der über 80-jährigen, der so genannte Hochbetagtenanteil, wird sich in Deutschland von etwa 4% (3,7 Mio.) im Jahr 2005 auf 12% (über 10 Mio.) im Jahr 2050 verdreifachen (Statistisches Bundesamt 2003, 2006).

Für die umlagefinanzierten Sozialsysteme ist die Entwicklung des Altenquotienten $15/65$ ¹⁹ von zentralem Interesse, da dieser anzeigt, wie viele potenzielle Rentenbezieher wie vielen potenziellen Arbeitskräften gegenüber stehen²⁰. Anhand der Abbildung A-1 im Anhang lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Alterungsprozesses der OECD-Länder für den langen Zeitraum von 1980 bis 2050 darstellen. Während er im Jahr 2008 Werte zwischen 13,4 und 32,9 annimmt, werden für 2050 Werte zwischen 32,2 (USA) und 72,4 (Japan) prognostiziert.²¹ Im Durchschnitt verdoppelt sich der Altenquotient zwischen 2010 und 2050. Ceteris paribus müssten die arbeitsfähigen Jahrgänge demnach im Jahr 2050 etwa doppelt so viele Rentner finanziell versorgen als heute. Zwischen den OECD-Ländern gibt es, wie bei der Entwicklung der TFR, deutliche Unterschiede bei der Entwicklung des Altenquotienten. Im Jahr 2050 werden demnach die USA (32,2) den mit Abstand niedrigsten Wert aufweisen, dort ist die TFR stationär und der Anstieg des Altersquotienten nur auf den Babyboom basierend. Im gleichen Jahr wird der Altenquotient in den weiteren angelsächsischen Staaten mit Werten zwischen 37,7 (Neuseeland) und 43,7 (Kanada), in Nordeuropa mit Werten zwischen 40,4 (Island) und 46,8 (Schweden) sowie in Frankreich und den Beneluxländern mit Werten zwischen 35,4 (Luxemburg) und 47,2 (Belgien) bereits sehr hoch sein. Die Altenquotienten der deutschsprachigen Länder, Osteuropas und Ostasiens werden 2050 nahe 50 oder deutlich darüber liegen. Dramatische Werte über 60 werden die südeuropäischen Länder und Japan aufweisen. Der größte Anteil des gigantischen Anstiegs des Altenquotienten findet zwischen den Jahren 2010 und 2050 statt, denn in dieser Zeit wachsen die vom Zweiten Geburtenrückgang betroffenen geburtenschwachen Jahrgänge in die für den Arbeitsmarkt relevanten Altersstufen hinein. Bei konstanten Geburtenraten wird sich diese dramatische Verschiebung der Altersstruktur in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts nicht mehr derartig fortsetzen. Umgekehrt könnte ein Anstieg der Geburtenraten – um mehrere Jahrzehnte zeitverzögert – zu einem Absinken der Altersquotienten führen, so dass es einen Scheitelpunkt

- 19 Der Altenquotient $65/15$ bezeichnet die Anzahl von über 65jährigen Personen im Verhältnis zu Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren mal hundert multipliziert. Es gibt auch Varianten des Altenquotienten $65/20$, $67/20$, $60/15$ oder $60/20$, wobei viele weitere Varianten denkbar sind – je nachdem, ob man das gegenwärtige formelle, das gegenwärtige tatsächliche oder das zukünftige formelle Renteneintrittsalter berücksichtigen möchte. Der hier verwendete Indikator $65/15$ wird in der internationalen Literatur häufig verwendet, und entsprechend sind für ihn ausreichend Daten und Prognosen vorhanden.
- 20 Die differenzierende Ausdrucksweise ist gewählt, da es auch Rentenbezieher im Alter von unter 65 Jahren und ebenso arbeitende Personen im Alter von über 65 Jahren gibt und durch die Anhebung des Renteneintrittsalters geben wird.
- 21 Die Genauigkeit der hier skizzierten demografischen Prognosen ist aufgrund der demografischen Trägheit relativ hoch, das Schätzrisiko liegt bei einem Prognosehorizont von 40 Jahren im seriösen Rahmen (vgl. Schmid et al. 2000).

gibt, bei dem neue rentenpolitische Optionen entstehen. Die Migrationsrate hat nur einen geringen Effekt auf die Altersstruktur (vgl. UN 2000b:25ff), nur eine Erholung der Geburtenrate könnte die Alterung und die damit verbundenen Folgen langfristig abbremsen.

Folgen der Alterung: Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialsysteme ist in den letzten Jahrzehnten zunehmend Gegenstand wissenschaftlicher Literatur geworden.²² Um den Zusammenhang zwischen dem Altenquotienten und den Alterssicherungssystemen besser zu veranschaulichen, kann man den potenziellen Unterstützungskoeffizienten (PUK) verwenden, der sich aus 100 geteilt durch den Altenquotient errechnet. Er gibt das Größenverhältnis zwischen der Rentnergeneration²³ und der Bevölkerung im Erwerbstätigenalter an. Dieser PUK lag 1980 im OECD-Schnitt bei 5,2, 2000 bei 4,8 und 2008 bei 4,4. Im Jahr 2030 wird er im Durchschnitt bereits bei 2,7 liegen und 2050 bei 2,0. Während also heute noch vier bis fünf Menschen im arbeitsfähigen Alter auf einen Rentner kommen, werden es in 40 Jahren nur noch rund zwei sein. Zukünftiges Produktivitätswachstum erhöht zwar das BIP und federt die Probleme ein wenig ab, das gelegentlich vorgebrachte Argument (u. a. Müller 2004, Hondrich 2007), wonach das Produktivitätswachstum sämtliche Alterungsprobleme löst, ist jedoch nicht haltbar. Es wird empirisch nicht ausgeführt, es verkennt die Größenordnungen, und es geht implizit von der fragwürdigen Annahme aus, dass die zukünftigen Erwerbstätigen sämtliche Produktivitätsgewinne den Rentnern überlassen.

Die Rentenformel Deutschlands – ähnlich andere umlagefinanzierte Rentensysteme – weist auf vier Stellschrauben hin, um auf die Verdoppelung des Altenquotienten zwischen den Jahren 2000 und 2035 zu reagieren: Beitragssatz, Rentenhöhe, Renteneintrittsalter und Steuerzuschuss. Folgende vier Gedanken-spiele können die Dramatik der demografischen Alterung verdeutlichen: Wäre die Anpassung ausschließlich über den Beitragssatz erfolgt, hätte er sich verdoppeln müssen, von damals 19,1% auf 38%. Eine derartige Erhöhung der Lohnnebenkosten hätte dramatische Folgen für den Arbeitsmarkt. Wäre die Anpassung ausschließlich über eine Reduzierung des Rentenniveaus erfolgt, hätte es sich von knapp 70% für den so genannten Eckrentner auf 35% halbiert, Altersarmut für viele wäre die logische Folge. Wäre die Anpassung ausschließlich über den Rentner-Koeffizienten erfolgt, wäre eine Anhebung des realen Ruhestandsalters auf über 71 Jahre (vgl. Rürup et al. 2003) notwendig, was einer noch höheren

22 Vgl. u. a. BIB 2004, Birg 2003a, 2003b, 2005, Bongaarts 2004, Castles 1998, 2004, OECD 1998, 2001b, Rürup 1980, Schmid et al. 2000, 2003, Schmidt 1998, 2001, Schmähl et al. 2001, Schwarz 2006, Sinn 2003, Wöhlke et al. 2004.

23 Unter der Annahme eines konstanten Renteneintrittsalters. Über die Auswirkung einer Änderung des Renteneintrittsalters siehe unten.

Anhebung des formalen Ruhestandsalters entspricht. Eine Anpassung an die Alterung ausschließlich durch die vierte Stellschraube, den Steueranteil, würde die Steuersätze in astronomische Höhen katapultieren. Jede dieser vier einzelnen Möglichkeiten ist eine sozialpolitische Horrervorstellung. In der Realität wurde bisher an allen vier Stellschrauben gleichzeitig gedreht, Beispiele sind die Erhöhung des Rentenzugangsalters auf 67 Jahre, Rentenbeitragserhöhungen, der Nachhaltigkeitsfaktor und die Ökosteuer. Die Folgen der Alterung für die Gesundheits- und Pflegesysteme der OECD-Staaten ähneln in ihrer Größenordnung den hier skizzierten Folgen für die Rentensysteme, jedoch gibt es zentrale Unterschiede.²⁴ Zweifellos sind die Folgen der Alterung für die Sozialsysteme negativ und von immenser Tragweite. In den nächsten vier bis fünf Jahrzehnten werden die OECD-Länder einen beträchtlich wachsenden Anteil ihrer Wertschöpfung und ihres Wohlstandes in ihre Renten- und Gesundheitssysteme stecken müssen, und trotzdem werden Alterseinkünfte und Gesundheitsschutz relativ abnehmen.

Die Auswirkungen der Alterung auf das Wirtschaftswachstum sind in mehreren Modellrechnungen geschätzt worden. Der demografiebedingte Rückgang des jährlichen Wachstums wird für die EU von 2,1% auf 1,25% bis 2040 beziffert (Europäische Kommission 2005, vgl. OECD 1998) und für Deutschland vom DIW von 1,55% auf 0,7% bis 2035 (BMFSFJ 2007b, vgl. Schaible et al. 2006). Prognosen für das BIPPC zeigen jedoch einen geringeren Rückgang und sind für den zukünftigen Wohlstand aussagefähiger als das absolute, denn bei einem Bevölkerungsrückgang ist es vorstellbar, dass das BIP fällt, während das BIPPC ansteigt. Der durch die Alterung zurückgehende Arbeitskräfteanteil hat nicht per se bessere oder schlechtere Beschäftigungschancen. Entscheidend ist, inwieweit die alterungsbedingte Nachfrage nach Sozialleistungen auf die Lohnnebenkosten durchschlägt und inwieweit die Produktivität von im Durchschnitt älteren Arbeitskräften durch systematische Weiterbildung gesteigert werden kann. Wenig überzeugend ist die in der Literatur gelegentlich vertretene These, wonach die Alterung mit einer geringeren Innovationsfreude einhergehe (u. a. Dumont 2003, Sinn 2004), denn während die Verarbeitungsgeschwindigkeit neuer Informationen nachlässt, nehmen Wissens- und Erfahrungskomponenten zu (Akademiengruppe Altern 2009:41).

Die Folgen der demografischen Alterung für die Gesellschaft sind ambivalent und spekulativ: Eine höhere Risikoaversion (vgl. Kaufmann 2005:105) könnte auch als stabilitätssichernde Wirkung interpretiert werden (Huntington 1996). Einer quantitativen Abnahme der Verwandtschaftsbeziehungen (Wingen et al.

24 Erstens sind in Deutschland auch die Rentner selbst an der Finanzierung der GKV beteiligt, zweitens ist die zunehmende fernere Lebenserwartung keinesfalls mit einer wachsenden Anzahl an Krankheitsjahren gleichzusetzen und drittens bewirkt der medizinische Fortschritt einen Anstieg der Gesundheitskosten.

1988, Schirmacher 2006) steht die zunehmende Unterstützung der Kernfamilie durch die Großelterngeneration aufgrund der längeren gemeinsamen Lebenszeit gegenüber. Während Schirmacher (2004) Zukunftsszenarien einen „Krieg der Generationen“ und „rassistische Altersstereotypen“ umfassen, verweist Heye (2008:1) auf „die revolutionäre Kraft der alternden Gesellschaft“. Internationale Umfragen wie die PPAS (Höhn et al. 2008b) weisen auf positive Einstellungen gegenüber Älteren hin, zudem sind 70-jährige zunehmend gesünder, selbstständiger und mobiler als früher. Insofern bieten die gewonnenen Jahre (Imhof 1981) enorme Chancen, sowohl für deren individuelle Biografie als auch für die Zivilgesellschaft. Die gesellschaftlichen Folgen beinhalten Chancen, zu deren Realisierung die Akademiengruppe Altern (2009) vielfältige Reformperspektiven vorgeschlagen hat.

„Der Gewinn an Lebenszeit stellt ein noch unausgeschöpftes Fortschrittspotential dar. Er bietet sowohl für die Gestaltungsmöglichkeiten einzelner Lebensläufe als auch für das Zusammenleben der Generationen und für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft große Chancen.“ (Akademiengruppe Altern 2009:16)

Zu analysieren ist die Alterung auch hinsichtlich des politischen Wettbewerbs und damit zusammenhängend mit der politischen Steuerungsfähigkeit (u. a. Kaufmann et al. 1992, Deutscher Bundestag 2002, Sinn 2004). Aufgrund des steigenden Medianalters der Wahlberechtigten werden Wahlen in Zukunft in zunehmendem Maße von Rentnern entschieden. Bisher haben die Rentner in den OECD-Ländern jedoch weitestgehend nach den traditionellen Konfliktlinien (Lipset & Rokkan 1967, Inglehart 1989) gewählt. Konfliktlinien alt versus jung, wie es der Kampf der Generationen (Schirmacher 2004) prognostiziert, spielen derzeit nur eine geringe wahlpolitische Rolle, Rentnerinteressen werden (noch) innerhalb des Parteiengefüges vertreten (vgl. Kohli 2003:540). Gegen Verteilungskonflikte zwischen Generationen spricht, dass auf der individuellen Ebene in Familien meistens ein enges Band zwischen Kindern, Eltern und Großeltern geknüpft ist. Als problematisch könnte sich eher eine Polarisierung zwischen Kinderlosen und Familien (Iwersen 2002, Schulze & Tyrell 2002) erweisen. Zweifellos kommt zukünftigen Rentnergenerationen ein enormes Machtpotenzial zu, jedoch hängt es von vielen Faktoren²⁵ ab, ob dies zu neuen Parteien oder gar zu einer modernen Variante der Gerontokratie (vgl. Weber 1922) führt.

Daten zum Bevölkerungsrückgang: Mit der zweiten demografischen Konsequenz des Geburtenrückgangs, dem Bevölkerungsrückgang, sind völlig andere Folgen und eine völlig andere Dynamik im Zeitverlauf als mit der Alterung verbunden. Außer Frage steht, dass die Folgen der Alterung in den nächsten vier

25 Solche Faktoren sind u. a. Institutionen des Parteien-, Verbände-, Wahlsystems, die Art des Sozialsystems, familien- und sozialpolitischen Maßnahmen sowie zukünftige Akteurs- und Machtkonstellationen.

Jahrzehnten akut werden und ihren Höhepunkt erreichen, während die Folgen des Geburtenrückgangs erst später ihren Höhepunkt erreichen. Bei anhaltend niedrigen Geburtenraten wird der Bevölkerungsrückgang aufgrund seiner exponentiellen Struktur eine sich beschleunigende Schrumpfung bewirken. Andererseits kann ein positiver Migrationssaldo dem Bevölkerungsrückgang entgegen wirken. Die Prognosen bis 2050 oder 2100 sind sehr unterschiedlich, da verschiedene Annahmen zu Migration und zur Entwicklung der Geburtenrate zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, jedoch lassen sich zentrale Trends ableiten (siehe Tab. A-3).

Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerungszahl in Nordamerika und Australien zunehmen und in Europa sowie den beiden ostasiatischen Ländern zurückgehen (UN 2007b, 2007c). Die Verschiebungen zwischen USA und EU sind drastisch: Während die EU-15 derzeit eine um 29% und die EU-27 eine um 64% größere Bevölkerungszahl als die USA hat, werden bei konstanten Geburtenraten 2050 die USA mit 418,6 Mio. Einwohnern über 10% größer sein als die EU-15 (377,9) und nur leicht kleiner als die gesamte EU-27 (454,7). Japan wird demnach von derzeit 127,9 auf 99,3 Mio. Einwohner 2050 schrumpfen. Deutschland wird nach dieser UN-Projektion bis 2050 von 82,7 auf 69,7 Mio. Einwohner schrumpfen und dann ähnlich groß sein wie Frankreich (68,7) oder Großbritannien (64,8) und deutlich kleiner als die Türkei (110,1). Frankreich wird Deutschland Mitte des 21. Jahrhunderts überholen, die Türkei bereits etwa 2014. Interessant ist auch der Blick auf ein einzelnes Jahr: 2050 wird in Deutschland das Geburtendefizit, das 2005 noch bei 144000 lag, bei 600000 liegen. Jedes einzelne Jahr wird die deutsche Bevölkerung in der Mitte dieses Jahrhunderts folglich um die Größenordnung der Bevölkerung ganz Stuttgarts schrumpfen. Ein weitaus dramatischeres Ausmaß wird der Bevölkerungsrückgang jedoch nicht 2050, sondern erst einige Jahrzehnte später haben. Hier gehen die Prognosen aufgrund unterschiedlicher Annahmen weit auseinander (vgl. Tab. A-3). Gemäß der Vorausschätzung vom IBS (Birg 2003a) für 2100, die für die Annahmen einer konstante TFR und keiner Zuwanderung errechnet ist, wird die EU-15 eine Bevölkerung von 183,8 Millionen haben, dabei haben Frankreich 43,6, Großbritannien 40,2, Deutschland mit 32,0, Italien 15,7 und Spanien 11,9 Mio. Einwohner. Allerdings muss man davon ausgehen, dass Europa im 21. Jahrhundert ein Einwanderungskontinent sein wird, und bei einem Zuwanderungsüberschuss von jährlich 170000 hätte Deutschland eine Bevölkerungszahl von 46,1 Mio.

Der Bevölkerungsrückgang in Europa und Ostasien wird kontrastiert durch ein Bevölkerungswachstum in vielen Ländern Afrikas, Südasiens und dem Nahen Osten (vgl. Leisinger 1999, UN 2007b, 2007c, Wöhlke et al. 2004). Den meisten Prognosen nach wird das globale Bevölkerungswachstum Mitte des 21.

Jahrhunderts enden, die Weltbevölkerung wird von 6,671 Mrd. 2007 auf rund 9 Mrd. (UN 2007b: 9,191; UN 2004: 8,919)²⁶ im Jahr 2050 ansteigen und der mittleren UN-Schätzung nach (UN 2004) etwa auf diesem Niveau bleiben (2100: 9,064, 2200: 8,499). Die meisten Demografen prognostizieren, dass 2050 fast alle Länder der Erde den Demografischen Übergang abgeschlossen haben und die drastischen Verschiebungen der Bevölkerungsgrößen zwischen 1900 und 2050 von einer kontinuierlicheren Phase abgelöst werden.

Folgen des Bevölkerungsrückgangs: Die Analyse der Auswirkungen demografischer Verschiebungen auf außen- und verteidigungspolitische Stärke hat eine lange Tradition, sie betrifft den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Morgenthau 1944:123) ebenso wie den Untergang Roms.²⁷ Der Bevölkerungsrückgang kann aus (neo)realistischer Sicht (Morgenthau 1944, Waltz 1979) zu einer Schwächung von wirtschaftlicher und militärischer Stärke führen, während aus interdependenztheoretischer Sicht (Keohane & Nye 1977) das schrumpfende Gewicht in den internationalen Organisationen von Interesse ist. Einen quasi institutionell bescheinigten Großmachtstatus haben die fünf Länder mit ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat. Deutschland und Japan, die einen Platz dort anstreben, werden zwar erheblich vom Bevölkerungsrückgang betroffen sein, bis 2050 jedoch noch leicht größere Bevölkerungen als die ständigen Mitglieder Frankreich und Großbritannien haben. Allerdings wäre bei einem Eintritt der negativeren Prognosen für 2100 eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat von Frankreich, Großbritannien und Deutschland mit Bevölkerungen um die 40 Mio. problematisch, denn die Bevölkerungen in USA, Pakistan, Indonesien, Nigeria und Bangladesch sind dann jeweils etwa zehnmal und die Indiens und Chinas 40-mal so groß (UN 2004, 2007c). Diese Aussage ist jedoch aus mehreren Gründen spekulativ: Erstens sind demografische Prognosen über einen Zeitraum von mehr als 50 Jahren per se spekulativ, zweitens spielen auch ökonomische, militärische und politische Entwicklungen eine wichtige Rolle, drittens ist der institutionelle Aufbau der UN bis dahin nicht abzusehen und viertens könnte die EU bis dahin einen gemeinsamen Sitz haben. Der Blick auf 2100 hilft allerdings zu zeigen, welchen Bedeutungsverlust einige europäische Staaten bei einem dauerhaften

26 Auch hier jeweils die mittlere Variante. Die für die OECD-Staaten wichtige konstante Variante (11,858 Mrd. Menschen 2050) ist nicht von Bedeutung, da die hohen Geburtenraten in den Entwicklungsländer nicht konstant auf ihrem derzeitigen Niveau bleiben werden. Zur Genauigkeit von UN-Prognosen siehe auch Höhn (1998).

27 Süßmilch (1741) bezeichnet das demografisch bedingte Verschwinden des freien Bauernstandes als entscheidende Ursache für den Untergang Roms. Montesquieu betont auch die Bedeutung der Bevölkerungsstruktur neben der römischen Eroberungspolitik (Montesquieu 1734). Auf demografische Ursachen des Untergangs Roms verweisen auch Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler zu Beginn des 20. Jahrhunderts wie Brentano (1909:623ff), Grotjahn (1914:189ff), Weber (1956) und Wolf (1912:185) sowie zeitgenössische Demografen (Birg 1986:93, Schmid et al. 2000:173).

Verbleiben der Geburtenraten auf derzeitigem Niveau erleiden würden. In Folge der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung einiger EU-Staaten wird sich die Machtbalance im EU-Ministerrat in den nächsten Jahrzehnten verschieben (vgl. Wilkoszewski & Münch 2007). Durch das demokratische Prinzip einer Repräsentation von 65% der EU-Bevölkerung bei Mehrheitsentscheidungen ab 2014 (bzw. 2017) werden sich Gestaltungsmehrheiten und Sperrminoritäten verschieben. In besonderem Maße würde eine Erweiterung der EU mit der Türkei die Machtbalance verändern.

Der Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsentwicklung ist ein klassisches ökonomisches Thema. Bereits Adam Smith (1776) sieht Bevölkerungswachstum positiv im Kontext von Skaleneffekten, und John Maynard Keynes weist im Kontext der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren auf demografisch bedingte Nachfrageschwäche hin. In vielen neoklassischen Ansätzen ist der demografische Faktor externalisiert (u. a. Friedman 1968), nicht jedoch in der Wachstumstheorie von Solow (1956:90ff) und insbesondere in der Humankapitaltheorie (Schultz 1960, 1971). Schätzungen zufolge beträgt das Humankapitalvermögen einer modernen Volkswirtschaft das 1,7-fache des gesamten Bruttoanlagevermögens (Kaufmann 2005:81). Da sich die Größe des Humankapitals aus dem Produkt der Erwerbstätigen mit deren durchschnittlicher Qualifikation ergibt, nimmt es bei einem Bevölkerungsrückgang c. p. ab. Durch vermehrte Bildungsinvestitionen ist jedoch vorstellbar, dass der Rückgang kompensiert werden kann. Während sich der Bevölkerungsrückgang negativ auf das BIP auswirkt, können die Effekte für das BIPPC, die bei der Alterung negativ sind, hier unterschiedliche Wirkungsrichtungen haben. Investitionen in Humankapital werden in den betroffenen Ländern von wachsender Bedeutung sein. Weitere ökonomische Effekte sind steigende öffentliche Schulden pro Kopf, steigendes Pro-Kopf-Vermögen, steigende Erbschaftsvolumen pro Kopf, sinkende Energie- und Umweltprobleme sowie Strukturwandel im Immobiliensektor und eine Ausdünnung von ländlichen Regionen.

Die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs für die Gesellschaft sind schwer abzuschätzen. Ein Rückgang an Mitgliedern wird fast alle gesellschaftlichen Institutionen und Gruppierungen betreffen: Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Verbände und Vereine. In manchen Regionen, in denen Abwanderungen den Bevölkerungsrückgang verstärken, wird eine Entvölkerung stattfinden, eine Differenzierung in „Wohlstandsinseln und Verliererregionen“ (Tutt 2007) ist nicht unrealistisch. Anpassungsprozesse, Rückbau von Infrastruktur und kompensierende Regionalpolitik stehen vor großen Herausforderungen (vgl. Hassemer 2009), aber auch Chancen (Niejahr 2004).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Folgen des Zweiten Geburtenrückgangs in den OECD-Ländern enorm vielschichtig und weitreichend sind (siehe Tab. 1-4). Besonders negativ sind die Konsequenzen für die sozialen Si-

cherungssysteme. Die Analyse der Folgen zeigt, wie wichtig es ist, die Ursachen der niedrigen Geburtenraten und die Möglichkeiten einer nachhaltigen Familienpolitik zu erforschen. Ein Anstieg der Geburtenraten ist von elementar wichtigem Interesse für die OECD-Staaten. Sollte also ein solcher durch familienpolitische Maßnahmen beeinflusst werden können, ist dessen Umsetzung eines der dringendsten politischen Anliegen für diese Länder. Damit erhielte die Familienpolitik den Status eines Schlüsselpolitikfelds für die Zukunftsfähigkeit der hochentwickelten Demokratien in den nächsten Jahrzehnten.

Tabelle 1-4: Folgen des Geburtenrückgangs im Überblick

	Alterung	Bevölkerungsrückgang
Geburtenrückgang bewirkt:		
Demografisches Problem	Altenquotient verdoppelt sich etwa in allen OECD-Ländern	Bevölkerung schrumpft in weiten Teilen Europas und Ostasiens
Einfluss Einwanderung	gering	hohe Einwanderung kann Rückgang abbremsen
Einfluss steigende Lebenserwartung	verstärkt Alterung	reduziert Bevölkerungsrückgang
Höhepunkt der Probleme	2035-2060	ab 2050, zunehmend
Dynamik bei anhaltenden TFR	nach Höhepunkt relativ konstanter Altenquotient	exponentiell, sich beschleunigende Schrumpfung
Dies hat Folgen für:		
Soziale Sicherung	➔ Starker Rückgang von Renten-niveau und Gesundheitsleistungen ➔ Höhere Kosten für jüngere Generationen (Steuern, Abgaben)	-
Wirtschaft	➔ Negativer Effekt auf BIPPC ➔ Unterschiedliche Effekte für Arbeitsmarkt, Innovationsfreude, versch. Sektoren und Finanzmärkte	➔ Negativer Effekt auf BIP (nicht BIPPC), Schuldenstand und internationale ökonomische Bedeutung ➔ Probleme Immobilienmarkt ➔ Positiv für Umwelt und Energie
Gesellschaft	➔ Konservative Grundhaltung ➔ Abnahme Verwandtschaftsnetz ➔ Chancen für (Weiter-)Bildung	➔ Kleinere Gruppe der Träger von Kultur und Sprache ➔ evtl. migrationsbedingte Folgen ➔ Strukturwandel ländl. Regionen
Politischer Wettbewerb	➔ „Gerontokratie“, in unterschiedlichen Konfliktabstufungen möglich	-
Internationale Beziehungen	-	➔ Sinkendes Gewicht der EU vor allem im Vergleich zu den USA ➔ Verschiebung Stimmrechte in EU zu Gunsten von F, GB (ev. Türkei) ➔ Geringeres Gewicht eur. und ostas. Länder in Organisationen wie Sicherheitsrat, NATO, G-8

1.2 Forschungsstand

„Die Geschichte der Fertilitätstheorie ist keine wissenschaftliche Erfolgsstory.“ (Birg et al. 1991:345)

“We still do not understand fully why birth rates in OECD countries have declines so precipitously over the past three decades, and knowledge about the effects of policies and their complementarities is still too limited to guide the design of cost-effective interventions.” (Sleeboos 2003:48)

„Erklärungsversuche (...) haben sowohl die hohe Parallelität der Trends als auch deren unterschiedliche Niveaus zu berücksichtigen, doch zeigt der vielfältige Befund auch, daß nur komplexe, multikausale Erklärungen Plausibilität beanspruchen können. (...) Es geht also um eine Analyse auf mehreren Ebenen der sozialen Wirklichkeit. Allerdings handelt es sich hierbei bisher um theoretisch weitgehend getrennte Diskurse, und die empirische Evidenz vieler Annahmen ist wenig gesichert.“ (Kaufmann 2005:129-30)

Ein Hauptgrund für den häufig noch als unreif eingeschätzten Forschungsstand (vgl. Castles 2003:211, Kaufmann 2005:130, Sleeboos 2003:48; vgl. früher Birg et al. 1991:345, Höhn & Schubnell 1986:210, Kaufmann et al. 1992:5) ist, dass es sich beim generativen Verhalten um ein Phänomen von enormer Komplexität handelt. Dabei spielen ökonomische, gesellschaftliche, politische, religiöse, biografische, psychologische, biologische, medizinische und technologische Faktoren eine Rolle. Dazu kommt, dass die von diversen Makrofaktoren beeinflusste individuelle Entscheidung für ein (oder mehrere) Kind(er) im Lebensverlauf sukzessive stattfindet und dass es sich meistens um eine gemeinsame Entscheidung zweier Personen handelt.

In diesem Abschnitt wird zuerst der Diskurs über die historische Dimension des Geburtenrückgangs skizziert, anschließend werden der Grad der Interdisziplinarität und die damit verbundenen Probleme veranschaulicht, dann die wichtigsten empirischen Erkenntnisse der bisherigen Forschung dargestellt und viertens der Forschungsstand zur grundsätzlichen Frage nach der Möglichkeit einer politischen Beeinflussbarkeit der Geburtenrate diskutiert.

1.2.1 Der Zweite Geburtenrückgang als eigenständiges Phänomen

Ob der Geburtenrückgang der letzten vier Jahrzehnte eine ähnliche Dimension, jedoch unterschiedliche Ursachen wie der Erste hat und entsprechend als Zweiter Geburtenrückgang bzw. Zweite Demografische Transition zu bezeichnen ist, oder ob er nur als stärkeres posttransitionelles Oszillieren um das stationäre Gleichgewicht einzustufen ist, war v. a. zu Beginn umstritten. Im Laufe der Zeit wurde die Verstärkung und Verbreiterung des Geburtenrückgangs sichtbar, und seit van de Kaa's bahnbrechendem Aufsatz von 1987 mit dem Titel „Europe's Second Demographic Transition“ hat sich der Begriff in der internationalen Lite-